



Die große Auswahl

Ausbildungsmarkt. Mehr Ausbildungsstellen als Bewerber – das gab es zuletzt vor rund einem Vierteljahrhundert. Trotzdem finden Bewerber und Unternehmen oft nicht zusammen. Das liegt auch daran, dass die duale Berufsausbildung ein Imageproblem hat, sagt Regina Flake, IW-Expertin für Fachkräftesicherung und Ausbildung, in ihrem Kommentar für den iwd.

—> [Seiten 2-5](#)



Außenhandel

Die deutschen Unternehmen rechnen überwiegend damit, dass sich der Handelsstreit zwischen den USA und der EU verschärfen wird.

—> [Seiten 6-7](#)

Digitalsteuer

Die von der EU-Kommission geforderte Steuer auf digitale Umsätze gefährdet Investitionen und provoziert Gegenmaßnahmen der USA.

—> [Seite 9](#)

Nachwuchs wird immer kostbarer

Ausbildungsmarkt. Mehr Ausbildungsstellen, weniger Bewerber – rein rechnerisch haben junge Leute in Deutschland derzeit keinerlei Probleme, ins Berufsleben einzusteigen. Doch in der Realität finden Unternehmen und Jugendliche häufig nicht zusammen.

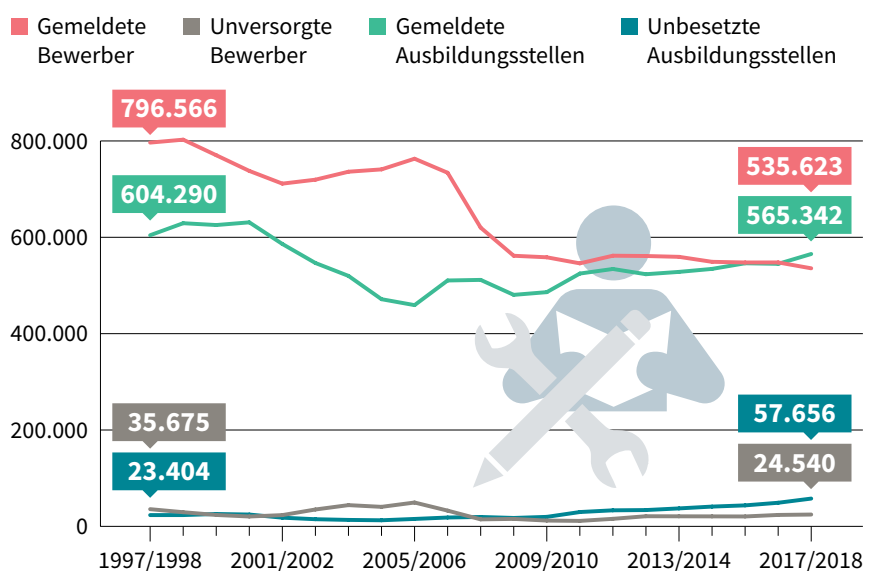
Die Bundesagentur für Arbeit hat gute Nachrichten für alle, die einen Beruf erlernen wollen: Erstmals seit 1994 gab es im Vermittlungsjahr 2017/18 mehr gemeldete Ausbildungsstellen als Bewerber. Insgesamt wurden zwischen dem 1. Oktober 2017 und dem 30. September 2018 über 565.000 Ausbildungsstellen gemeldet – das waren gut 20.000 mehr als im Vorjahr (Grafik).

Gleichzeitig haben fast 536.000 Jugendliche bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern ihr Interesse an einer Ausbildung angemeldet – das waren gut 12.000 weniger als im Vorjahr. Rein rechnerisch kommen also auf 100 Stellen nur 95 Bewerber.

Das größere Ausbildungsangebot ist überwiegend auf betriebliche Ausbildungsstellen zurückzuführen, die 97 Prozent aller gemeldeten Stellen ausmachen. Für die Unternehmen ist die eigene Ausbildung die zentrale Säule der Fachkräftesicherung. Denn auf dem Arbeitsmarkt gibt es schon heute in vielen Berufen und Regionen große Engpässe (siehe iwd 2/2018). Und jeder unbesetzte Ausbildungsplatz wird diese Lücken perspektivisch noch vergrößern. Deshalb legen sich die Unternehmen gerade in den Engpassberufen besonders ins Zeug:

In Berufen mit starken Fachkräftengpässen ist das Angebot

Ausbildungsmarkt: Mehr Stellen als Bewerber



Bis 2008/2009: ohne zugelassene kommunale Träger

Quelle: Bundesagentur für Arbeit
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

an Ausbildungsstellen zwischen 2012 und 2017 um gut 13 Prozent gestiegen.

In Berufen ohne Engpässe ist das Stellenangebot im gleichen Zeitraum um rund 9 Prozent gesunken.

• Unbesetzte Ausbildungsplätze.

Dass der eine oder andere Ausbildungsplatz nicht besetzt werden kann, ist nichts Neues – neu ist allerdings das Ausmaß:

Ende September 2018 gab es 57.700 unbesetzte Ausbildungs-

plätze – rund 18 Prozent mehr als im Vorjahr und fast 150 Prozent mehr als vor 20 Jahren.

Es gibt mehrere Gründe, warum offene Stellen und Bewerber immer öfter nicht zusammenfinden: Mal liegen der Wohnort des Bewerbers und der Ausbildungsort zu weit auseinander, manchmal entsprechen die offenen Stellen nicht den Berufswünschen der Bewerber und dann wieder erfüllen die Bewerber nicht die Erwartungen der Unternehmen.

Regional betrachtet gibt es vor allem in Süddeutschland, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, dem Saarland und Hamburg mehr Ausbildungsstellen als Bewerber. In Berlin, Nordrhein-Westfalen und Hessen ist es umgekehrt.

Mit Blick auf die Berufe zeigt sich, dass vor allem die Unternehmen des Hotel- und Gaststättengewerbes sowie Handwerksbetriebe Probleme haben, Nachwuchs zu finden. Das Gleiche gilt für die Herstellung und den Verkauf von Fleisch und Backwaren. Einige der freien Ausbildungsstellen konnten in diesem Jahr mit Flüchtlingen besetzt werden – denn die Zahl der Bewerber, die einen Fluchthintergrund haben, ist im Vergleich zum Vorjahr um 45 Prozent gestiegen und lag 2017/18 bei 38.300 (siehe Seite 5).

• **Weniger Schulabgänger, mehr Abiturienten.** Ein Grund für die rückläufigen Bewerberzahlen liegt in der Demografie (Grafik):

Im Jahr 2017 haben gut 830.000 Jugendliche die Schule verlassen, das waren 14 Prozent weniger als noch vor zehn Jahren.

Zudem hat sich die Zusammensetzung der Schulabgänger stark verändert: Die Zahl der Absolventen mit Hauptschulabschluss ist seit 2007 um 41 Prozent und die der Realschulabsolventen um 14 Prozent gesunken. Dagegen stieg die Zahl der Abiturienten um 11 Prozent – und von denen entscheiden sich die meisten für ein Studium.

Nach wie vor stellen Realschulabsolventen mit fast 40 Prozent die größte Gruppe der Bewerber um einen Ausbildungsplatz. Es folgen die Schulabgänger mit Hauptschulabschluss, die knapp 27 Prozent aller Bewerber ausmachen. Knapp 14 Prozent haben Abitur und gut 13 Prozent die Fachhochschulreife.

Angesichts der steigenden Zahl von Abiturienten, die sich für eine

Berufsausbildung interessieren, wird häufig angenommen, dass dadurch Real- und Hauptschüler verdrängt werden. Doch das stimmt nicht. Denn diese Abiturienten sind häufig auf Berufe festgelegt, die nicht im Fokus von Hauptschulabsolventen stehen. Fast die Hälfte aller Ausbildungsanfänger mit Abitur konzentriert sich auf zehn Berufe. Dazu gehören kaufmännische Berufe, der Fachinformatiker sowie Steuerfach- und Verwaltungsangestellte.

In diesen Berufen haben die Unternehmen keine Probleme, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. In Büro- und Sekretariatsberufen zum Beispiel gibt es nur 70 Stellen für je 100 Bewerber. Im Bereich Klempnerei, Sanitär, Heizung und Klimatechnik dagegen kommen auf jeweils 100 Bewerber 162 Ausbildungsplätze, in der Gastronomie sind es sogar 341 Stellen.

Durch ihre stark eingeschränkte Berufswahl bleiben Abiturienten verhältnismäßig häufig ohne Ausbildungsplatz: Während lediglich 13,7 Prozent aller registrierten Bewerber Abitur haben, beträgt ihr Anteil an den unversorgten Bewerbern 15,8 Prozent.

Gleichwohl leisten Abiturienten schon heute einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung – vorausgesetzt, sie arbeiten später auch in dem erlernten Beruf. Tatsächlich aber fürchten viele Unternehmen, dass Abiturienten nach der Ausbildung nicht im Betrieb bleiben, sondern weiter an die Hochschule ziehen.

Noch besser erschließen ließe sich das Potenzial der Abiturienten mit einer guten Berufsorientierung, die sie über die Vielfalt der Berufe und vor allem die Karriereperspektiven aufklärt. Das würde ihnen den direkten Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern.

Eine nicht zu unterschätzende Zielgruppe für die duale Berufsausbil-

dung sind auch Studienabbrecher: Fast jeder dritte Bachelorstudent schmeißt vorzeitig hin. Und während sich im Jahr 2008 gerade einmal gut jeder fünfte Studienabbrecher im Anschluss für eine Berufsausbildung entschieden hatte, waren es 2015 schon 43 Prozent.

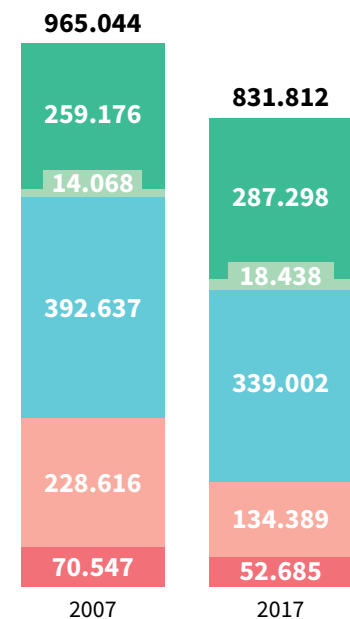
Der Pool an potenziellen Studienabbrechern ist auch heute groß: Im Ausbildungsjahr 2017/18 gab es fast 30.000 junge Leute, die eine Hochschule oder Akademie besuchten und sich trotzdem um einen Ausbildungsplatz beworben haben.

Informationen dazu, welche Zielgruppen Unternehmen bei der Suche nach Auszubildenden wie ansprechen können, finden Sie unter: **kofa.de**

Weniger Schulabgänger, mehr Abiturienten

in Deutschland

- **Insgesamt**
- Allgemeine Hochschulreife
- Fachhochschulreife
- Mittlerer Abschluss
- Hauptschulabschluss
- Ohne Schulabschluss



Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

„Die Berufsausbildung hat ein Imageproblem“

Kommentar. Auf dem deutschen Ausbildungsmarkt gibt es ein kurioses Phänomen: Die Unternehmen bieten zusätzliche Stellen an, doch immer mehr bleiben unbesetzt. Woran das liegt und wie die Attraktivität der dualen Berufsausbildung gesteigert werden kann, erklärt **Regina Flake**, IW-Expertin für Fachkräftesicherung und Ausbildung.



Foto: IW Medien

Die Unternehmen haben ihr Ausbildungsangebot weiter erhöht – warum tun sie das? Die einfache Antwort: weil sie Fachkräfte brauchen und die duale Ausbildung junge Menschen praxisnah und bedarfsorientiert auf ihre späteren Tätigkeiten vorbereitet. Dies erklärt auch, warum acht von zehn jungen Leuten nach ihrer Ausbildung unmittelbar – also ohne eine Phase der Arbeitslosigkeit – auf dem Arbeitsmarkt durchstarten.

Dennoch diskutiert Deutschland mit viel Lust an der Krise über die angeblich mangelnde Attraktivität seines Erfolgsmodells duale Ausbildung. Denn wenn es um Einkommen, Absicherung gegen Arbeitslosigkeit und spannende Berufe geht, ist das Studium für viele Jugendliche, Eltern, Lehrer und Journalisten immer noch das Maß aller Dinge. Die empirische Evidenz widerspricht dem jedoch: So zeigen IW-Studien, dass auch mit beruflicher Aufstiegsfortbildung Einkommen möglich sind, die vermeintlich Akademikern vorbehalten sind. Entscheidend ist also nicht der Bildungsweg, sondern die Wahl des Berufs, die Beteiligung an Fort- und Weiterbildung sowie die Branche, in der man arbeitet. Doch was nützt empirische Realität, wenn die gefühlte eine andere ist?

So fühlt sich auch die Bundesregierung berufen, die Ausbildung attraktiver zu machen. Sie plant zum Beispiel die Einführung einer Mindestausbildungsvergütung und neue, hippe Abschlussbezeichnungen wie Berufsbachelor und Berufsmaster statt Facharbeiter und Meister. Der Erfolg solcher Maßnahmen ist jedoch fraglich. Denn zum einen gehört die Ausbildungsvergütung in die Zuständigkeit der Sozialpartner; und zum anderen hat sie nicht die Aufgabe, den Lebensunterhalt von Jugendlichen zu sichern – dazu gibt es das Kindergeld oder auch die Berufsausbildungsbeihilfe.

Bei einer Mindestausbildungsvergütung von 500 Euro monatlich, wie von der Bundesregierung vorgeschlagen, müssten rund 11 Prozent der Unternehmen ihren Lehrlingen mehr zahlen als heute, betroffen wären vor allem Handwerker und kleine Betriebe.

Und auch Etiketten wie Berufsbachelor erhöhen nicht automatisch die Attraktivität der Aus- und Fortbildung. Im Gegenteil: Sie versuchen, die etablierte und hochwertige berufliche Qualifizierung an die Marke Studium anzulehnen und verwässern damit die Eigenständigkeit des dualen Systems. Das führt eher zu Unsicherheit, da eine Gleichartigkeit mit universitären Abschlüssen suggeriert wird. Gerade für Jugendliche wird es noch schwieriger zu verstehen, welcher Bildungsweg sich hinter einem bestimmten Abschluss verbirgt. Stattdessen sollte vielmehr die Gleichwertigkeit der verschiedenen Alternativen herausgestellt werden.

Um dies zu erreichen, muss die Attraktivität der dualen Berufsausbildung besser kommuniziert werden – von den guten Perspektiven bis hin zur integrativen Wirkung. Eine breit angelegte Kampagne, wie sie für die MINT-Studiengänge umgesetzt wurde, könnte wesentlich mehr Kraft entfalten – durch Auszubildende als Botschafter in den Schulen wie in Baden-Württemberg sowie mit massiven Investitionen in die Berufsschulen und mit digitalen Lernangeboten für Auszubildende.

Die Bundesregierung hat mit der „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ bereits eine wichtige Plattform für die Aufwertung der dualen Berufsausbildung geschaffen. Die Aktivitäten sollten ausgebaut werden, denn die Allianz holt alle relevanten Akteure ins Boot – und die arbeiten gemeinsam daran, der dualen Ausbildung zu einem Image zu verhelfen, das ihrer Attraktivität gerecht wird.

38.000 Flüchtlinge am Start

Berufsausbildung. Während die Zahl der deutschen Bewerber weiter zurückgeht, steigt die Zahl der Bewerber mit Fluchthintergrund. Im Ausbildungsjahr 2017/18 haben in Deutschland allein 14.000 Flüchtlinge, die als Ausbildungsstellenbewerber registriert waren, eine duale Berufsausbildung begonnen.

Wie gut, dass es sie gibt: Ohne die 38.000 Bewerber aus den Asylherkunftsländern Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien hätten es deutsche Unternehmen dieses Jahr noch schwerer gehabt, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. Denn 2017/18 gab es zum ersten Mal seit 1994 wieder mehr Ausbildungsstellen als Bewerber (siehe Seiten 2–3).

Gleichzeitig ist die Zahl der gemeldeten Ausbildungsbewerber gegenüber dem Vorjahr um gut 2 Prozent gesunken. Daran konnte auch der Bewerberzuwachs bei den Flüchtlingen nur wenig ändern, obwohl sich dieser seit 2016/17 um fast 50 Prozent auf 38.300 erhöht hat. Der Anteil der Bewerber aus Fluchtherkunftsländern an allen gemeldeten Bewerbern beträgt damit in diesem Jahr rund 7 Prozent, im Vorjahr waren es erst 5 Prozent.

Allerdings haben nicht alle Flüchtlinge, die gerne eine Berufsausbildung begonnen hätten, auch eine Lehrstelle bekommen – schließlich gibt es zusätzlich zu dem üblichen Mismatch von gesuchten und offerierten Ausbildungsplätzen weitere Hürden wie Sprach- und Informationsdefizite. Geschafft hat es letztlich rund jeder Dritte (Grafik):

Von den 38.300 Bewerbern mit Fluchthintergrund haben Ende September 2018 rund 14.000 eine Berufsausbildung begonnen, das waren 4.500 mehr als im Jahr zuvor.

Gleichwohl haben es Flüchtlinge auf dem Ausbildungsmarkt nach wie vor schwerer als Bewerber ohne Fluchthintergrund. Denn alle, die sich als Ausbildungsstellenbewerber erfassen lassen wollen, müssen über die sogenannte Ausbildungsreife verfügen – also die notwendigen schulischen Grundlagen und ausreichende Sprachkenntnisse.

Um Flüchtlinge noch besser einzugliedern, sollten sich Ausbildungsbetriebe deshalb Unterstützung holen – etwa bei Willkommenslotsen, die kleinen und mittleren Unternehmen in allen praktischen Fragen der

Flüchtlingsintegration unter die Arme greifen (siehe iwd 7/2017). Einen wichtigen Beitrag leisten aber auch Förderprogramme wie die ausbildungsbegleitenden Hilfen oder die sogenannte Assistierte Ausbildung, die sämtlichen Bewerbern – also Asylbewerbern und geduldeten Flüchtlingen unabhängig von ihrer Bleibeperspektive – zugänglich sein sollten.

Weitere Informationen zu den Programmen finden Unternehmen auf kofa.de/fluechtlinge

Berufsausbildung: Flüchtlinge bleiben öfter unversorgt

So viel Prozent der Personen, die in diesem Jahr gerne eine Berufsausbildung begonnen hätten und als Ausbildungsstellenbewerber bei der Bundesagentur für Arbeit registriert waren, haben am 30. September 2018 ...



Quelle: Bundesagentur für Arbeit
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

Skeptischer Blick über den Atlantik

Außenhandel. Der protektionistische Kurs von US-Präsident Donald Trump verunsichert die deutsche Wirtschaft. Zwar konnten die Ausfuhren in die USA zuletzt noch leicht zulegen. Doch ein großer Teil der Firmen in Deutschland geht davon aus, dass der Handelskonflikt zwischen Europa und den Vereinigten Staaten weiter eskalieren wird. Dies würde die deutsche Konjunktur zusätzlich belasten.

Schon seit seinem Amtsantritt droht US-Präsident Trump, die Welthandelsordnung über den Haufen zu werfen. In den Streit mit der EU ist zuletzt zwar ein wenig Ruhe eingekehrt – im Juli kündigte die US-Regierung an, die Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen wieder aufnehmen zu wollen.

Doch Trump bleibt unberechenbar, zumal die künftige Mehrheit der Demokraten im US-Repräsentantenhaus nichts daran ändert, dass der Präsident in der Handelspolitik viele Entscheidungen in Eigenregie treffen kann.

Entsprechend groß dürfte die Verunsicherung diesseits des Atlantiks bleiben. Sie zeigt sich auch in den Antworten von rund 1.100 Unternehmen, die vom Institut der deutschen Wirtschaft und der IW Consult zum Handelskonflikt mit den USA befragt wurden (Grafik):

Fast 44 Prozent der Unternehmen in Deutschland rechnen damit, dass sich der Handelsstreit zwischen der EU und den USA weiter verschärfen wird – lediglich 34 Prozent sind explizit nicht dieser Ansicht.

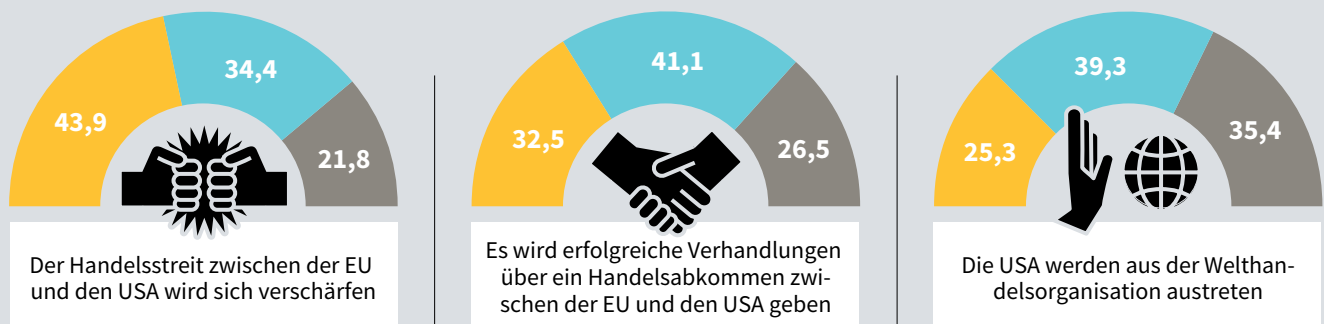
Besonders pessimistisch sind Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern – 48 Prozent von ihnen gehen davon aus, dass der Konflikt in Zukunft eskaliert. Schaut man auf die einzelnen Branchen, ist die Skepsis bei den unternehmensnahen Dienstleistern – zu dieser Kategorie zählen unter anderem Logistikbetriebe, Unternehmensberater und Marketingfirmen – besonders groß: Von ihnen erwarten fast 47 Prozent eine Verschärfung des Handelsstreits.

Spiegelbildlich dazu sind insgesamt nur rund 33 Prozent der befragten Firmen der Meinung, dass sich die EU und die USA doch noch auf ein Handelsabkommen verständigen können. Mehr als 41 Prozent äußern sich diesbezüglich skeptisch. Von den Betrieben mit weniger als 50 Mitarbeitern halten sogar fast 49 Prozent ein Scheitern der Verhandlungen für wahrscheinlich. Aber auch unter den unternehmensnahen Dienstleistern ist der Anteil der Skeptiker mit gut 44 Prozent überdurchschnittlich hoch.

Handelskonflikt EU-USA: Deutsche Unternehmen sind besorgt

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland halten folgende Szenarien hinsichtlich der US-Außenhandelspolitik für wahrscheinlich

■ Ja ■ Nein ■ Weiß nicht/keine Angabe



Befragung von 1.111 Industrie- und Bauunternehmen sowie unternehmensnahen Dienstleistern im September und Oktober 2018; Anteile umsatzgewichtet

Quelle: IW-Zukunftspanel
© 2018 IW Medien / iwd

Etwas zuversichtlicher sind die Befragten, wenn es um die Zukunft der Welthandelsorganisation (WTO) geht: Nur 25 Prozent der deutschen Unternehmen gehen davon aus, dass die USA der WTO den Rücken kehren werden. Von jenen Unternehmen, die eigene Produktionsstätten in den Vereinigten Staaten haben, glauben dies sogar nur 16 Prozent.

Ansonsten weichen die Antworten der Betriebe, die über Niederlassungen in den USA verfügen oder dorthin exportieren, allerdings kaum vom Durchschnitt aller befragten Firmen ab – die überwiegend pessimistischen Einschätzungen ziehen sich quer durch alle Unternehmensgruppen.

Dabei schlägt sich der transatlantische Handelskonflikt bislang nur begrenzt in den tatsächlichen Wirtschaftsdaten nieder. Dies liegt vor allem an der starken Konjunktur in den USA, von der auch die deutschen Unternehmen profitieren:

Im zweiten Quartal 2018 legte das US-amerikanische Bruttoinlandsprodukt (BIP) gegenüber dem Vorquartal um 1 Prozent zu – das war das höchste Quartalswachstum seit fast vier Jahren.

Zusätzlich befeuert von der expansiven Fiskalpolitik Trumps, wurde die US-Wirtschaft sowohl von der Binnen- nachfrage als auch vom Außenhandel angetrieben.

Im dritten Quartal wuchs das US-BIP mit 0,8 Prozent allerdings etwas schwächer. Vor allem führen die Handelskonflikte dazu, dass die US-Unternehmen zurückhaltender investieren – ihre Anlageinvestitionen sind zum ersten Mal seit Ende 2015 geschrumpft. Die Warenimporte der USA legten dagegen in den Monaten Juli bis September 2018 weiterhin kräftig zu.

Dies begünstigt auch die deutschen Exporteure – der große Boom ist jedoch vorbei (Grafik):

In den ersten acht Monaten des Jahres 2018 sind die deutschen Warenausfuhren in die USA gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 2,2 Prozent gestiegen – ein Jahr zuvor lag die Wachstumsrate allerdings noch bei fast 5 Prozent.

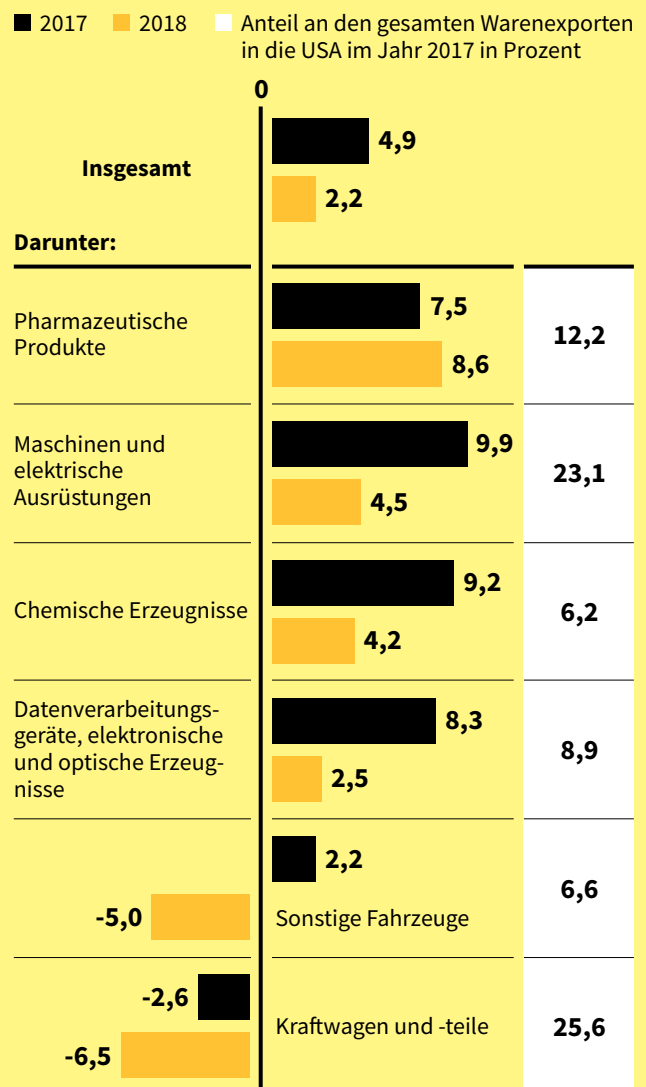
Vor allem die Hersteller von Investitionsgütern bekommen die schwächere Investitionskonjunktur in den USA bereits zu spüren. So hat sich das Exportwachstum der Produzenten von Maschinen und elektrischen Ausrüstungen im Vergleich zu 2017 mehr als halbiert. Die deutschen Automobilhersteller mussten von Januar bis August 2018 sogar einen Rückgang ihrer US-Ausfuhren um 6,5 Prozent hinnehmen.

Vieles spricht dafür, dass die Unsicherheit über die künftige Handelspolitik der USA den deutschen Unternehmen das Exportgeschäft weiter erschweren wird. Sollten zudem die Auseinandersetzungen zwischen den

USA und China weiter eskalieren, dürfte auch das in der hiesigen Wirtschaft Spuren hinterlassen. Der Sachverständigenrat hat seine Prognose für das deutsche Wirtschaftswachstum 2019 bereits auf 1,5 Prozent gesenkt – und als einen Grund dafür den Handelsstreit mit den USA genannt.

Exporte in die USA: Nur noch ein kleines Plus

Veränderung der Warenausfuhren deutscher Unternehmen in die USA von Januar bis August gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht

Galina Kolev: EU-US-Handelsbeziehungen – Pessimismus überwiegt

iwkoeln.de/handel_eu_usa

Hidden Cities können punkten

Städteranking. Die Sieger des diesjährigen Städterankings der IW Consult stehen fest – und das Ergebnis birgt zunächst wenig Überraschungen. Ein Blick auf einzelne Indikatoren wie Lebensqualität oder Forschungsstärke zeigt allerdings, dass kleinere Städte den großen Metropolen durchaus den Rang ablaufen können.

Same procedure as every year: München führt im Städtevergleich der IW Consult bereits zum 15. Mal in Folge das Niveauranking an. Die bayerische Landeshauptstadt hat sich in den vergangenen fünf Jahren wirtschaftlich außerdem so positiv entwickelt, dass es zudem wieder für den ersten Platz im Dynamikranking reicht – nicht zuletzt dank der guten Arbeitsmarktlage.

Dass Berlin (Start-up-Mekka), Frankfurt am Main (viele Touristen, viele Hightech-Gründer) und Stuttgart (exportstarke und hochinnovative Region) zu den Top Five zählen, ist ebenfalls nichts Neues (Grafik). Viel spannender ist dagegen das gute Abschneiden vieler kleinerer Städte, die man analog zu den Hidden Champions der Unternehmenswelt als Hidden Cities bezeichnen könnte:

Jena beispielsweise landet im Zukunftsranking auf Platz sieben und hat damit die besten Aussichten aller ostdeutschen Städte – unter anderem wegen seiner zahlreichen Forschungseinrichtungen und der überdurchschnittlich vielen Akademiker. In puncto Forschungsstärke landet Jena mit dem fünften Rang sogar noch einen Platz vor München.

Darmstadt ist zum zweiten Mal in Folge die zukunftsfähigste Stadt Deutschlands und besonders gut im MINT-Bereich aufgestellt: Dank des breiten MINT-spezifischen Studienangebots der beiden Hochschulen, die mit großem Erfolg den weiblichen

Städteranking 2018: München und Darmstadt vorn

Für das Städteranking 2018 der IW Consult wurden 71 Großstädte anhand von mehr als 100 Indikatoren bewertet und in drei Rankings sortiert

Niveau: Punktzahl in den Bereichen Arbeitsmarkt, Wirtschaftsstruktur, Immobilienmarkt und Lebensqualität
Dynamik: Entwicklung in den zurückliegenden fünf Jahren
Zukunft: Punktzahl in den für die Zukunftsfähigkeit maßgeblichen Bereichen Forschungsstärke, Industrien der Zukunft und kreative Dienstleistungen

	Niveau	Dynamik	Zukunft
1.	München 67,9	München 61,1	Darmstadt 64,2
2.	Ingolstadt 64,4	Berlin 60,6	Erlangen 61,6
3.	Stuttgart 63,5	Ingolstadt 58,9	Stuttgart 61,0
4.	Erlangen 62,0	Frankfurt/Main 57,3	München 61,0
5.	Wolfsburg 61,7	Wolfsburg 57,0	Wolfsburg 59,8

Punkte: Eine Stadt, die bei allen Indikatoren jeweils den Durchschnittswert erreicht, käme auf eine Punktzahl von 50

Quelle: IW Consult
© 2018 IW Medien / iwd



chen Nachwuchs ansprechen, gibt es in der Wissenschaftsstadt rund sechs MINT-Absolventen je 100 Beschäftigte – so viele wie nirgendwo sonst.

Erlangen punktet mit einem außerordentlich erfolgreichen Netzwerk im Bereich Medizin, Medizintechnik und Gesundheit. Insgesamt arbeiten in der Region mehr als 500 Unternehmen an neuen medizinischen Technologien, hinzu kommen rund 80 Hochschulinstitute und 20 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen.

Lübeck konnte sich im Dynamikranking um 17 Plätze auf Rang 17 verbessern – unter anderem wegen seiner gestiegenen Lebensqualität, die nur noch von Oldenburg, Düsseldorf und Wolfsburg übertroffen wird. Mit durchschnittlich 7,90 Euro Miete pro Quadratmeter sind Wohnungen erschwinglich, die Arbeitslosenquote jüngerer Menschen ist von 9,7 Prozent im Jahr 2012 auf 7 Prozent im Jahr 2017 gesunken und es gibt für 94 Prozent der Kinder im Kindergartenalter einen Kitaplatz.

Mehr Problem als Lösung

Digitalsteuer. Die EU-Kommission will, dass Technologiegiganten wie Google und Amazon, die viele Millionen Kunden in Europa haben, hier auch mehr Steuern zahlen. Doch die geplante Digitalsteuer widerspricht etablierten Besteuerungsprinzipien, gefährdet Investitionen und provoziert Gegenmaßnahmen der USA.

Vielen Politikern ist es ein Dorn im Auge, dass Google, Amazon, Facebook und Apple in Europa keinen größeren Beitrag zum Steueraufkommen leisten. Die EU-Kommission hat deshalb eine Sondersteuer vorgeschlagen, die von Unternehmen mit einem weltweiten Umsatz von mindestens 750 Millionen Euro und einem digitalen Umsatz in der EU von 50 Millionen Euro zu zahlen wäre. Die Steuer würde allerdings nicht nur die GAFA-Unternehmen – so werden die vier US-Technologieriesen in Brüssel neuerdings abgekürzt –, sondern auch große deutsche Unternehmen treffen.

Die steuerpflichtigen Firmen sollen 3 Prozent ihrer Umsätze mit Nutzerdaten, Online-Werbung und digitalen Plattformen an den Fiskus abführen. Dabei käme einiges zusammen:

Die Digitalsteuer würde jährlich rund 3 bis 4 Milliarden Euro in die Staatskassen der EU-Länder spülen, der deutsche Finanzminister könnte etwa 500 bis 800 Millionen Euro zusätzlich einnehmen.

Hinter der Digitalsteuer steckt jedoch ein großes Missverständnis der Politik: Dass Google, Amazon und Co. in Europa nicht mehr Steuern zahlen, liegt vor allem an den Prinzipien der internationalen Besteuerung. Demnach ist es für die Höhe der Steuerzahlung weniger relevant, wie viele Nutzer und Kunden ein Unternehmen in einem Land hat, sondern wo es die Technologien und Innovationen entwickelt. Und Google, Amazon, Facebook und Apple tun dies nun einmal kaum in Europa.

Die umsatzbasierte Digitalsteuer wäre zudem eine Abkehr vom Prinzip der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit, wonach die Steuerzahlung mit dem Gewinn steigt. Denn der Umsatz sagt nichts über die Höhe des Gewinns aus. Die Digitalsteuer führt so zu einer Doppelbesteuerung, denn die Körperschaft- und die Gewerbesteuer werden zusätzlich fällig.

Im schlimmsten Fall könnten Unternehmen sogar in ihrer Substanz angegriffen werden (Grafik):

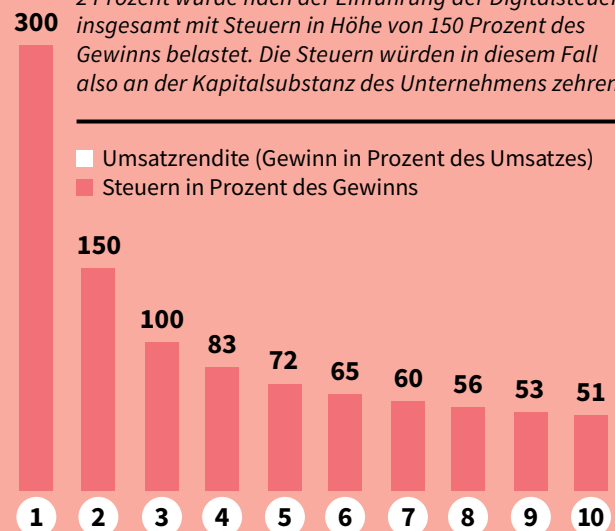
Erzielt ein ausschließlich digital agierendes Unternehmen eine Umsatzrendite von weniger als 3 Prozent, fällt die Steuerlast höher aus als der gesamte Jahresgewinn.

Dies gefährdet Arbeitsplätze und möglicherweise sogar die Existenz eines Unternehmens. Auf jeden Fall dürften die Investitionen darunter leiden. Dabei erklären Politiker doch stets, Innovationen fördern zu wollen.

Hinzu kommt ein weiteres Risiko: Weil die EU-Kommission gezielt die GAFA-Unternehmen anvisiert, ist eine Reaktion der US-Regierung nach dem Motto „Wie du mir, so ich dir“ zu erwarten. Höhere Steuerlasten für europäische Unternehmen in den USA wären die Folge.

Digitalsteuer kann an die Substanz gehen

Lesebeispiel: Ein Unternehmen mit einem rein digitalen Geschäftsmodell und einer Umsatzrendite von 2 Prozent würde nach der Einführung der Digitalsteuer insgesamt mit Steuern in Höhe von 150 Prozent des Gewinns belastet. Die Steuern würden in diesem Fall also an der Kapitalsubstanz des Unternehmens zehren.



Steuern: Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer (vereinfacht insgesamt 30 Prozent des Gewinns) sowie Digitalsteuer (3 Prozent des Umsatzes); Digitalsteuer: laut Annahme anrechenbar auf die Ertragsteuern

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2018 IW Medien / iwd

Internationale Eidgenossen

Schweiz. Die Schweizer Wirtschaft prosperiert und ist wie die deutsche auf ausländische Fachkräfte angewiesen. Die schweizerischen Hochschulen sind diesbezüglich Vorreiter – müssen sich aber auf Gegenwind gefasst machen.

Die Eidgenössische Technische Hochschule Zürich dürfte die bekannteste sein, klingende Namen haben aber alle zwölf Schweizer Universitäten. Ihr guter Ruf hat sich weltweit herumgesprochen. Seit 2007 zwischen der Schweiz und der Europäischen Union die uneingeschränkte Personenfreizügigkeit eingeführt wurde, haben sich die helvetischen Akademikerschmieden zu einem immer stärkeren Magneten für ausländische Wissenschaftler entwickelt (Grafik):

Im Jahr 2017 hatten bereits 49 Prozent aller Schweizer Universitätsmitarbeiter einen ausländischen Pass – 2008 waren es erst 40 Prozent.

Besonders hoch ist der Grad der Internationalität beim wissenschaftlichen Personal: Im Jahr 2017 kamen 51 Prozent der Professoren aus dem Ausland. Von den Assistenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern waren sogar zwei Drittel Ausländer. Insgesamt beschäftigten die Schweizer Unis zuletzt fast 23.700 Wissenschaftler ohne Schweizer Pass.

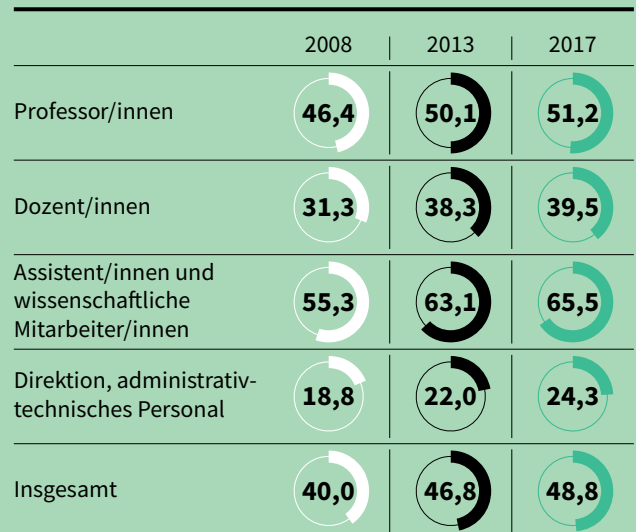
Zwei Vergleiche zeigen, wie bemerkenswert diese Zahlen sind: So machten ausländische Forscher an den Unis in Deutschland gerade einmal 14 Prozent des wissenschaftlichen Personals aus. In Österreich hatten die Wissenschaftler aus anderen Nationen im Wintersemester 2014/2015 einen Anteil von 25 Prozent – fast die Hälfte davon waren Deutsche.

Dass auch in der Schweiz die meisten ausländischen Wissenschaftler aus jenen drei Nachbarländern kommen, deren Sprachen in der Schweiz gesprochen werden, liegt auf der Hand: Fast 7.200 stammten 2017 aus Deutschland, knapp 2.900 aus Italien und 2.600 aus Frankreich. Der Sog der Schweizer Unis reicht aber über die Grenzregionen hinaus: Immerhin kamen auch 2.700 Forscher aus Asien und knapp 1.000 aus Nordamerika.

Unter den Studenten an den Schweizer Universitäten finden sich mittlerweile gut 30 Prozent Ausländer – zu Beginn der 2000er Jahre waren es nur 20 Prozent.

Schweizer Universitäten: Magnet für ausländische Wissenschaftler

So viel Prozent der Beschäftigten an Schweizer Universitäten waren Ausländer



Jeweils Vollzeitäquivalente; Universitäten: ohne Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen; 2008: am 31.12; 2013, 2017: jahresdurchschnittlich

Quelle: Bundesamt für Statistik der Schweiz
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

Die Gründe für den hohen Ausländeranteil an den Unis liegen auf der Hand: Die Schweiz ist ein wohlhabendes Land mit gut ausgestatteten Hochschulen. Zugleich ist sie aber auch ein kleines Land, dessen florierende Wirtschaft ihren Bedarf an hochqualifizierten Spezialisten längst nicht mehr allein mit Schweizern decken kann. Selbst für die Ausbildung von Meistern und Technikern werden inzwischen Fachkräfte aus dem Ausland angeworben. Bildungszuwanderer haben nach dem Abschluss gute Arbeitsmarktperspektiven – 2017 lag der Ausländeranteil an den Erwerbstätigen bei 31 Prozent und damit über dem allgemeinen Ausländeranteil von 25 Prozent.

Unter den Schweizern sind die hohe Zuwanderung und der hohe Ausländeranteil allerdings umstritten: In diesem Sommer hat die Schweizerische Volkspartei (SVP) unerwartet schnell genügend Unterschriften für eine Volksinitiative gesammelt, die die Personenfreizügigkeit mit der EU aufkündigen will. Schon Anfang 2014 war eine „Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung“ mit hauchdünner Mehrheit angenommen worden.

Reisen ist gut für die Bilanzen

China. US-Präsident Donald Trump kritisiert China für seine immensen Warenexporte. Doch die chinesische Leistungsbilanz – also die Summe aller Ausgaben und Einnahmen der Volkswirtschaft – war im ersten Quartal dieses Jahres negativ, wenn man den offiziellen Zahlen aus Peking glauben darf. Das liegt vor allem an der Reisefreude der Chinesen. Sie könnte auch den USA helfen.

Morgens am Schloss Neuschwanstein, zum Mittagessen im Münchner Hofbräuhaus, dann mit dem ICE zum Kölner Dom: Das Reiseum chinesischer Touristen auf Deutschlandvisite ist berühmt-berüchtigt; ebenso der angebliche Anspruch der asiatischen Besucher, alle Sehenswürdigkeiten Europas in einer Woche zu sehen.

Tatsächlich gibt es für Chinesen, die es sich leisten können, seit Öffnung des kommunistischen Staates touristisch kein Halten mehr (Grafik):

Im Jahr 2017 ließen sich die Chinesen ihre Auslandsreisen umgerechnet mehr als eine viertel Billion Dollar kosten.

Laut Welttourismusorganisation ist die Volksrepublik damit einsamer Spitzenreiter – schon die zweitplatzierten Amerikaner geben nur etwas mehr als halb so viel auf ihren Auslandsreisen aus. Bei diesen Zahlen handelt es sich wohlgerne um Gesamtwerte für die jeweilige Nation; pro Einwohner gerechnet stellt sich die Situation noch immer anders dar – vor allem für die Deutschen, die gemeinhin als Reiseweltmeister gelten.

Gleichwohl hat die Reisefreude der Chinesen erheblichen Einfluss auf die Leistungsbilanz des Landes, denn sie kompensiert den enormen Handelsbilanzüberschuss:

Der chinesische Leistungsbilanzüberschuss von umgerechnet 165 Milliarden Dollar entsprach 2017 nur noch etwas mehr als 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Es gibt zwar durchaus berechtigte Zweifel daran, dass die Tourismusaufgaben der Chinesen tatsächlich so hoch sind, wie sie die Regierung in Peking ausweist. Doch selbst wenn sie aus politischen Gründen übertrieben würden, bestreiten westliche Forscher den allgemeinen Trend nicht.

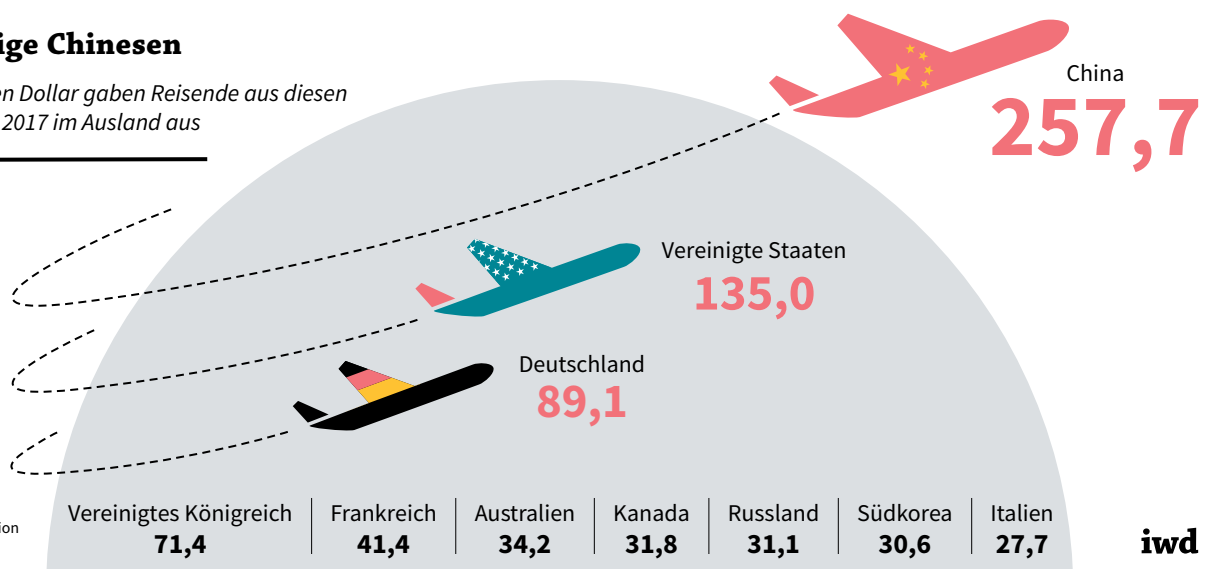
Auch US-Präsident Trump sollte deshalb das Thema Tourismus bei seiner harschen Kritik an China nicht aus dem Blick verlieren. Denn der Handelskrieg mit dem Reich der Mitte könnte auch dazu führen, dass chinesische Touristen die Vereinigten Staaten meiden. Das trübe die dortige Reiseindustrie spürbar:

Im Jahr 2017 besuchten mehr als drei Millionen Chinesen die USA, 2022 sollen es laut Prognosen des US-amerikanischen National Travel and Tourism Office mehr als 4,5 Millionen sein.

Die zusätzlichen Gäste könnten dann ihren Teil dazu beitragen, die weiterhin defizitäre amerikanische Leistungsbilanz zu verbessern.

Reisefreudige Chinesen

So viele Milliarden Dollar gaben Reisende aus diesen Ländern im Jahr 2017 im Ausland aus



Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
 Präsident: Arndt Günter Kirchhoff
 Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
 Irina Berenfeld, Carsten Ruge,
 Berit Schmiedendorf,
 Kerstin Schraff,
 Alexander Weber
Redaktionsassistent: Anja Hüpper
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-255
Fax: 0221 4981-99255
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis:
 € 11,32/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
 Telefon: 0221 4981-443,
 hartmann@iwkoeln.de

Verlag:
 Institut der deutschen Wirtschaft
 Köln Medien GmbH,
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

Druck: Henke GmbH, Brühl
 Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über:
 lizenzen@iwkoeln.de

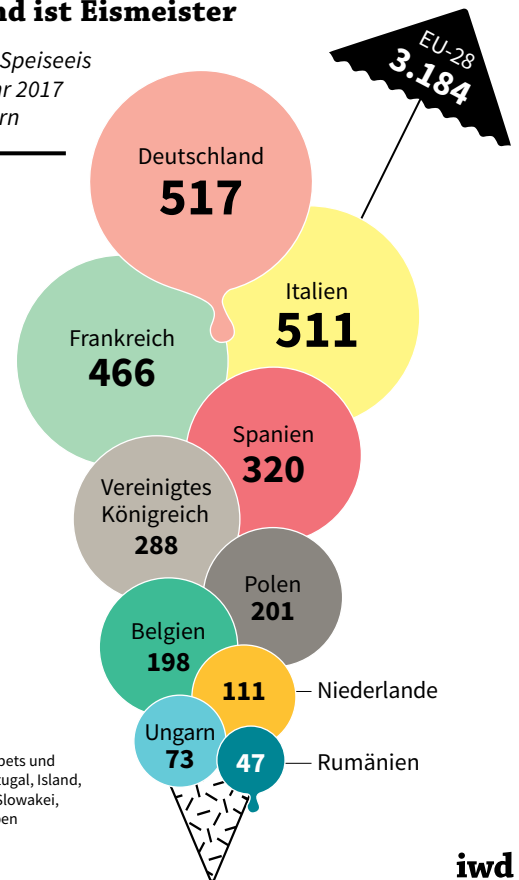


Top-Liste: Kühle Köstlichkeiten

Während ein Großteil der Bundesbürger derzeit vor allem damit beschäftigt ist, sich Christstollen und Lebkuchen einzuverleiben, bleibt allen Winterdepressiven der tröstende Blick ins Kühlfach: Deutschland hat nämlich den Europa-Speiseeisrekord gebrochen! Rund 517 Millionen Liter Eis produzierten deutsche Hersteller 2017, so viel schaffte kein anderes EU-Land. Italien rührte sich mit 511 Millionen Litern zwar auf Platz zwei der Speiseeishersteller. Doch wenn deutsche Verbraucher, die in diesem Jahr pro Kopf mehr als acht Liter Eis schleckten, zu ausländischen Angeboten greifen, bevorzugen sie belgische oder französische Erzeugnisse. In der Regel essen die Bundesbürger übrigens Industrie-Eis: 80 Prozent des deutschen Speiseeismarktes decken die industriellen Eishersteller ab, nur 17 Prozent der kühlen Süßware wandern in den Eisdielen über die Theke. Und damit auch in der kalten Jahreszeit munter weitergelöffelt wird, gibt es Winterreissorten wie Bratapfel-Vanille, gebrannte Mandel oder Schoko-Sorbet mit Zimt und Kardamom.

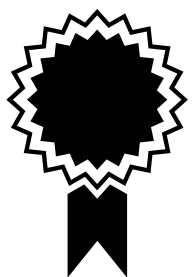
Deutschland ist Eismeister

Produktion von Speiseeis in der EU im Jahr 2017 in Millionen Litern



Speiseeis: inklusive Sorbets und Eis am Stiel; Irland, Portugal, Island, Norwegen, Schweden, Slowakei, Slowenien: keine Angaben

Quelle: Eurostat
 © 2018 IW Medien / iwd



Max-Weber-Preis für Wirtschaftsethik 2018

Am 3. Dezember wird in Berlin der 13. Max-Weber-Preis für Wirtschaftsethik verliehen. In diesem Jahr geht es vor allem um das Thema „Die (Mit-)Verantwortung der Zivilgesellschaft – Zum Verhältnis von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft“. Populistische Strömungen, aber auch

technologische Veränderungen stellen bewährte Institutionen und selbstverständliche Gewissheiten infrage. Die Arbeiten, die mit dem Max-Weber-Preis ausgezeichnet werden, behandeln daher Fragen wie: Welche Werte, welche Moral braucht eine moderne Gesellschaft? Welche Rolle spielen dabei Corporate Social Responsibility, Religion und Konsumentenethik?

Die Festrede wird Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble halten.

Anmeldung bitte bis zum 28.11.2018 unter:
iwkoeln.de/max-weber-preis-2018